

// Im Blickpunkt

Die zunehmende „Europäisierung“ des deutschen Gesellschaftsrechts ist Folge der Vielzahl von Rechtsakten und Entscheidungen aus Brüssel und Luxemburg in den vergangenen Jahren. *Bayer/Schmidt* geben einen Überblick über die Entwicklungen im Europäischen Gesellschaftsrecht in den Jahren 2004–2007. *Karsten Schmidt* plädiert in seinem aktuellen Beitrag für die Streichung des von ihm als sanierungsfeindlich beurteilten § 19 Abs. 3 E-InsO im MoMiG-Entwurf, nach dem Verbindlichkeiten aus Gesellschafterdarlehen im Überschuldungsstatus nicht passiviert werden sollen).

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Schadensersatzanspruch wegen unterbliebener Widerrufsbelehrung bei „Schrottimmobilien“**

Der u. a. für das Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des BGH hatte im Urteil vom 26.2.2008 – XI ZR 74/06 – erneut über Ansprüche von Verbrauchern im Zusammenhang mit so genannten „Schrottimmobilien“ zu entscheiden. Der Senat hat ausgeführt, dass ein Schadensersatzanspruch aus Verschulden bei Vertragsabschluss wegen unterbliebener Widerrufsbelehrung gemäß § 2 HWiG auch dann gegeben sein kann, wenn – wie im Streitfall – die Haustürsituation nicht bei Vertragsabschluss, sondern nur bei dessen Anbahnung vorgelegen hat. Allerdings setzt dieser Schadensersatzanspruch voraus, dass die finanzierende Bank ein Verschulden trifft und der Kapitalanleger seine auf den Abschluss des Darlehensvertrages gerichtete Willenserklärung bei ordnungsgemäßer Belehrung über sein Widerrufsrecht auch tatsächlich widerrufen hätte; eine (widerlegliche) tatsächliche Vermutung für die Ausübung des Widerrufsrechts besteht nicht. Dies gilt auch dann, wenn der mit dem Darlehen finanzierte Kaufvertrag nicht wirksam zustande gekommen sein sollte.

➔ *Dazu demnächst das Volltexturteil mit einem Kommentar von Bausch, RA in der Kanzlei Freshfields, Köln*

(Quelle: PM des BGH vom 26.2.2008)

BGH: Haftung wegen Existenzvernichtung – Zahlung von Verzugszinsen

Mit Urteil vom 13.12.2007 – IX ZR 116/06 – hat der BGH entschieden: Werden der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt des existenzvernichtenden Eingriffs Geldbeträge entzogen, so hat der rechtswidrig handelnde Gesellschafter Verzugszinsen ab der Entziehung zu entrichten.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-453-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Zur Auslegung einer Parteibezeichnung – Bestätigung der BAG-Rechtsprechung

Mit Urteil vom 27.11.2007 – X ZR 144/06 – hat der BGH entschieden: Bei der Auslegung der Parteibezeichnung ist der gesamte Inhalt der Klageschrift einschließlich Anlagen zu berücksichtigen. Wird daraus unzweifelhaft deutlich, welche Partei wirklich gemeint ist, so steht der entsprechenden Auslegung auch nicht entgegen, dass der Kläger irrtümlich die Bezeichnung einer tatsächlich existierenden, am materiellen Rechtsverhältnis nicht beteiligten Person gewählt hat (Bestätigung von BAG, Urt. vom 12.2.2004 – 2 AZR 136/03, BAG-Rep. 2004, 210). Auf Antrag des Scheinbeklagten ist dieser durch eine Entscheidung des Gerichts aus dem Rechtsstreit zu entlassen, wobei gleichzeitig dem Kläger, sofern dieser die falsche Zustellung veranlasst hat; für eine Klageabweisung ist kein Raum.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-453-2 unter www.betriebs-berater.de

OLG Stuttgart: Anteilsbewertung zur Bemessung der angemessenen Abfindung nach § 305 AktG

Das OLG Stuttgart hat mit Beschluss vom 14.2.2008 – 20 W 9/06 – entschieden: Kommt bei der Anteilsbewertung zur Bemessung der angemessenen Abfindung nach § 305 AktG die Heranziehung eines durchschnittlichen Börsenkurses aus einem Referenzzeitraum von drei Monaten vor der Hauptversammlung nicht in Betracht, weil aus diesem Kurs wegen marginalen Handels und volatiler Kurse der Verkehrswert der Aktie zum Stichtag nicht tragfähig abgeleitet werden kann, dann kann als Desinvestitionswert ersatzweise ein Durchschnittskurs aus der Zeit vor Bekanntgabe der beabsichtigten Unternehmensvertrags berücksichtigt werden, wenn selbst bei geringem Handel ein hinreichend stabiles Kursniveau festzustellen ist, so dass die An-

nahme eines Verkehrswerts in dieser Höhe zum Bewertungsstichtag gerechtfertigt ist.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-453-3 unter www.betriebs-berater.de

OLG München: GmbH-Beschluss über die Gewinnverwendung

Mit Urteil vom 28.11.2007 – 7 U 2282/07 – hat das OLG München entschieden: Wird in einer Gesellschafterversammlung einer GmbH der Beschluss über die Verrechnung/Aufrechnung des auf den Gesellschafter entfallenden Gewinns mit dessen negativem Verrechnungskonto gefasst, so handelt es sich um eine Beschlussfassung über die Gewinnverwendung i.S.d. § 29 GmbHG. Strebt ein Gesellschafter einen positiven Gewinnverwendungsbeschluss in Form der Gewinnausschüttung durch gerichtliche Entscheidung an, muss er gegen den gefassten Verrechnungsbeschluss zunächst fristgerecht mit der Anfechtungsklage, die mit der Klage auf positive Beschlussfeststellung verbunden werden kann, vorgehen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-453-4 unter www.betriebs-berater.de

AG Lahn: Nutzungersatz nach Widerruf eines Fernabsatzvertrags

Mit Beschluss vom 26.10.2007 – 5 C 138/07 – hat das AG Lahn dem EuGH folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt: Sind die Bestimmungen des Art. 6 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2 der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.1997 zu bestimmten Aspekten des Verbraucherschutzes bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz dahin auszulegen, dass sie einer nationalen gesetzlichen Regelung entgegenstehen, die besagt, dass der Verkäufer im Falle des fristgerechten Widerrufs durch den Verbraucher Wertersatz für die Nutzung des gelieferten Verbrauchsgutes verlangen kann? Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-453-5 unter www.betriebs-berater.de